Betrifft: Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA)

28. April 2014

Sehr geehrte/r ***[Name des/der RegierungsinschefIn einfügen],***

**Kein Handel mit öffentlichen Diensten**

Wir wenden uns an Sie, um unserer großen Sorge über die Teilnahme unseres Landes an den Verhandlungen für das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA) Ausdruck zu verleihen. Wir fordern unsere Regierung auf, die TiSA-Verhandlungen unverzüglich und so lange auszusetzen, bis der vollständige Text öffentlich gemacht und garantiert wird, dass alle öffentlichen Dienste ausgenommen bleiben und die Bürger und Bürgerinnen am Beratungsprozess teilnehmen und ihr demokratisches Mitspracherecht ausüben können.

Eine kürzlich durchgeführte Studie hat unsere schlimmsten Befürchtungen bestätigt (siehe den Bericht „TiSA und öffentliche Dienste“ auf [www.world-psi.org/TISA](http://www.world-psi.org/TISA)). TiSA ist eine Erweiterung des umstrittenen Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS), das zum Zeitpunkt seiner Verhandlung weltweit auf heftigen Widerstand stieß. Der Versuch, dieses Abkommen über die geheimen TiSA-Verhandlungen zu erweitern und der Öffentlichkeit Inhalt und Wortlaut zu verschweigen, ist undemokratisch und eine Provokation.

Besonders beunruhigend finden wir die Auswirkungen, die TiSA auf den Handlungsspielraum der Regierung als öffentlicher Dienstleister hätte. Der Negativlistenansatz des TiSA hinsichtlich der Inländerbehandlung, die Stillhalte- und Ratchet-Klauseln würden es der Regierung beinahe unmöglich machen, neue öffentliche Dienste einzuführen oder im Falle gescheiterter Privatisierungen, die betroffenen Dienste wieder unter staatliche Kontrolle zu bringen.

Die Bestimmungen bezüglich der innerstaatlichen Regelung würden in die Befugnis der Regierung eingreifen, wesentliche Bereiche im Interesse der Öffentlichkeit zu regulieren – u.a. die Lizenzierung von Gesundheitseinrichtungen und Labors, Kraftwerken, Abfallentsorgungsanlagen, die Akkreditierung von Universitäten und Schulen und die Sendelizenzen.

ArbeitnehmerInnen sind keine Ware. Die Regelung der Rechte von Wanderarbeitnehmern und die Durchsetzung der Arbeitsnormen sind von der paritätischen Internationalen Arbeitsorganisationen (ILO) zu bestimmen und nicht im Rahmen von Handelsabkommen. Modus 4 des TiSA soll die Möglichkeiten der Regierungen einengen, die Rechte und Bedingungen von WanderarbeitnehmerInnen zu regeln, und außerdem die Durchführung von Arbeitsmarkterhebungen untersagen, um im Vorfeld sicherzustellen, dass keine inländischen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, die die anstehenden Arbeiten durchführen könnten.

Uns ist bekannt, dass TiSA die Möglichkeiten der Regierungen für eine Regulierung der Finanzmärkte noch stärker einschränken möchte – das hieße, dass aus den Lehren der globalen Finanzkrise nichts gelernt wurde.

Uns ist ebenfalls bekannt, dass es im Sinne der US-Regierung ist, dass TiSA den persönlichen und finanziellen Datenverkehr regelt, da sie den Datenschutz in vielen Ländern als „zu weit gefasst“ erachtet. Wir sind überzeugt, dass die meisten Menschen über diese Bestimmungen entsetzt wären.

Wir sind mit unseren Befürchtungen nicht allein. Kürzlich erhielten Sie ein Schreiben, in dem 350 Organisationen der Zivilgesellschaft aus über 115 Ländern ihre gemeinsame Sorge äußerten.

Wir fordern Sie auf, den vollständigen Vertragstext sowie sämtliche auf TiSA bezogene Unterlagen zu veröffentlichen, damit die Menschen unseres Landes ihr volles Mitspracherecht ausüben können.

Wir fordern Sie außerdem auf, zu garantieren, dass kein öffentlicher Dienst von diesem Abkommen betroffen sein wird. Wenn Sie nichts zu verbergen haben, warum lassen Sie die Menschen unseres Landes im Dunkeln?

*Mit freundlichen Grüßen,*

***[Name, Funktion, Organisation]***